

Liebe Genossinnen und Genossen,
liebe Freunde,

jedes Kind hat das Recht auf ein Aufwachsen ohne finanzielle Not. Doch auch in unserem Land ist Kinderarmut noch vielerorts Realität. Deshalb haben wir im vergangenen Jahr das Kindergeld und den Kinderzuschlag auf je 250 Euro pro Monat erhöht. Zudem sind die Regelsätze für Kinder und Jugendliche mit der Einführung des Bürgergeldes spürbar angestiegen. Nun wollen wir dafür sorgen, dass das Geld bei allen Familien ankommt, die es benötigen. Deshalb soll es einfacher werden, diese Leistungen zu beziehen.

Mit der Kindergrundsicherung werden wir ab 2025 verschiedene Leistungen für Kinder und Jugendliche – wie das Kindergeld und den Kinderzuschlag – bündeln und möglichst unkompliziert an die Familien auszahlen. Das ist eine gute Nachricht für Millionen von Kindern, die in Familien mit wenig Geld leben. Über die Kindergrundsicherung hinaus sorgen wir zudem für bessere Kitas, Ganztagsbetreuung an Grundschulen und für mehr Geld für Schulen in Brennpunktvierteln durch das Startchancenprogramm. Wir wollen, dass jedes Kind von Beginn an die gleichen Chancen erhält.

Immer wieder unternehmen Menschen – oft unter Lebensgefahr – den Versuch, über das Mittelmeer nach Europa zu kommen. Sie nehmen häufig den weiten Weg auf sich, weil sie vor Gewalt, Vertreibung und Tod in ihren Heimatländern fliehen. Diese Menschen verdienen unseren Schutz. Das Sterben im Mittelmeer und die aktuelle Situation an den EU-Außengrenzen, in Italien und Griechenland, trifft uns sehr.

Hinzu kommt, dass seit Beginn des russischen Angriffskrieges sich auch viele Ukrainerinnen und Ukrainer in Richtung Westen aufgemacht haben und dort Aufnahme gefunden haben.

Viele unserer Kommunen stoßen bei der Unterbringung von Geflüchteten bereits an ihre Grenzen. Und das trotz des großen Engagements der Bürgerinnen und Bürger. Das sehen wir, und das wissen wir. Deshalb werden wir nicht zulassen, dass diese Situation und die Not der Menschen für billigen Populismus und Hetze missbraucht wird. Wir werden niemals zulassen, dass das individuelle Grundrecht auf Asyl abgeschafft wird. Es wird mit uns auch keine Obergrenze für Menschen in Not und auf der Flucht geben.

Stattdessen setzen wir uns für gemeinsame, klare und humanitäre Regeln in der EU ein. Uns geht es auch darum, die Asylverfahren deutlich zu beschleunigen. Wir wollen dabei den europäischen Weg suchen, den auch unsere Bundesinnenministerin Nancy Faeser geht. Eine belastbare und tragfähige Lösung finden wir nur gemeinsam mit unseren Partnern in der EU.

An diesem Wochenende wird in Hessen und in Bayern gewählt. Ich wünsche allen Wahlkämpfenden viel Kraft beim Endspurt und natürlich viel Erfolg und ein gutes Ergebnis für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten. Ich drücke Nancy Faeser und Florian von Brunn die Daumen. Eine starke Sozialdemokratie ist nötiger denn je!

Viel Spaß beim Lesen.

Johannes Schraps

Euer Johannes

**Einheit feiern.
Spaltereien überwinden.**

SPD Fraktion im
Bundestag

Inhaltsverzeichnis

- Seite 2** — Praktikumsbericht Arianna
- Seite 3** — Frühstück SPD-Stadtverband Uslar
— Queerpolitische Menschenrechtskonferenz
- Seite 4** — Freiheit für Ales Bialiatski
— Bürgerfest 50 Jahre Flecken Aerzen
- Seite 5** — Wiederwahl in den erweiterten Fraktionsvorstand
— Besuch in Berlin vom Landrat Dirk Adomat
- Seite 6** — Konferenz zur EU-Integration
- Seite 7** — Themenüberblick im Bundestag
- Seite 8** — Besucher:innengruppen aus dem Weserbergland

Ihr findet mich auch bei:



PRAKTIKUMSBERICHT ARIANNA

Mein Name ist Ariana Mirzadeh, ich bin 19 Jahre alt, komme aus Hameln und nutze die freie Zeit zwischen Abitur und Studienbeginn zum Wintersemester 2023 für ein Praktikum bei Johannes. Dabei erhalte ich nicht nur interessante, gesellschaftspolitische Einblicke im Wahlkreis, sondern auch im Bundestag. Im Wahlkreis habe ich vom Antikriegs-Gedenktag auf dem Friedhof Wehl, Ehrungen und Frühstück bei Ortsvereinen, Besuch des Senior Schläger Hauses am Tag der Wohnungslosen oder des Berufsförderungswerkes in Bad Pyrmont bis zu den Jubiläen des Fleckens Aerzen und des DLRG Beber-Rohrsens von einem abwechslungsreichen, interkulturellen Programm mit Kontakt zu Landtagsabgeordneten, Bürgermeistern und Ortsbürgermeistern profitiert. Auch die Arbeit im Büro war von vielfältigen Aufgaben geprägt, wobei die feurigen Diskussionen am Mittagstisch immer eine fesselnde, aufschlussreiche Pause waren. Die Zeit im Bundestag war etwas Besonderes, da sich hier ein Aufgabenfeld auf einer anderen thematischen Ebene eröffnet. Spannend waren vor allem immer die Sitzungen des Europa- und Finanzausschusses sowie Veranstaltungen wie Förderpreisübergaben, Vorstellungen neuer Studien und Diskus-

sionsrunden, in denen ich auch Politiker wie z.B. Bärbel Bas oder Olaf Scholz traf. Der direkte Einblick in das politische Geschehen vor Ort verdeutlicht auch oft die Komplexität der Kompromiss-schließung, da so viele verschiedene Interessen aufeinanderstoßen. Die Erarbeitung

eines Mittelweges ist dabei immer ein Produkt vielschichtiger, konstruktiver Debatten gewesen. Insgesamt war es eine aufschlussreiche und erlebnisreiche Zeit, in der ich den Alltag von Johannes und seinen Mitarbeitern miterleben durfte.



POLITISCHES FRÜHSTÜCK VOM SPD-STADTVERBAND USLAR

Leckeres Frühstück gibt's im Kleinen Café Rolle Rückwärts in Uslar. Und natürlich hatte ich die politischen Botschaften dafür aus Berlin im Gepäck. Denn die Abteilung Uslar-Stadt aus dem SPD-Ortsverein Uslar-Solling hatte zum politischen Frühstück eingeladen. Nach meinem Bericht aus Berlin gab es deshalb zahlreiche tolle Gespräche in diesem angenehmen Rahmen. Meine aktuelle



Praktikantin Ariana Mirzadeh aus Hameln war auch mit dabei und konnte so im direkten Austausch einen Einblick in meine Arbeit gewinnen.

Danke für die Einladung und die tolle Organisation an das Team des Kleinen Café Rolle rückwärts und an die Abteilung mit Heidi Emunds Hanna Antoniades und Matthias Rieger.

QUERPOLITISCHE MENSCHENRECHTSKONFERENZ IM BUNDESTAG



Die SPD-Bundestagsfraktion lud zur Queerpolitischen Menschenrechtskonferenz im Deutschen Bundestag ein. Die Gastgeber dieser Veranstaltung waren meine geschätzten Bundestagskolleginnen Anke Hennig, Falko Droßmann und Jan Plobner.

Bei der Konferenz gab es auch sechs verschiedene Themenpanels: Osteuropa, Süd-Mittelamerika, Westeuropa,

Subsahara-Afrika, die MENA-Region und Asien. Ich dürfte das Panel "Osteuropa" moderieren. Im Laufe der Diskussion wurde uns deutlich vor Augen geführt, dass die Lage queerer Menschen weltweit immer prekärer wird. Dies unterstreicht die dringende Notwendigkeit, die Rechte queerer Menschen als integralen Bestandteil einer modernen Gleichstellungs- und Gesellschaftspolitik zu schützen. Als

SPD-Bundestagsfraktion engagieren wir uns nachdrücklich für die Beseitigung diskriminierender Strukturen.

Abschließend möchte ich mich sehr herzlich bei allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern dieser Konferenz bedanken. Das Engagement und die Unterstützung sind von unschätzbarem Wert, um gemeinsam für eine inklusivere und gerechtere Welt einzutreten.

FREIHEIT FÜR ALES BIALIATSKI

In Berli nahm ich an einer sehr bewegenden Veranstaltung teil, die mir sehr am Herzen lag. Gemeinsam mit Amnesty International Deutschland, Libereco - Partnership for Human Rights und RAZAM e.V. - Belarusische Gemeinschaft setzten wir ein Zeichen für die Menschenrechte und die Freiheit von Ales Bialiatski, dem Gründer des belarusischen Menschenrechtszentrums Viasna und Friedensnobelpreisträger des Jahres 2022.

Ales Bialiatski musste seinen 61. Geburtstag in Haft verbringen, zusammen mit vier seiner Viasna-Kolleg*innen, die allein aufgrund ihrer legitimen Menschenrechtsarbeit in Belarus im Gefängnis sitzen. Das ist inakzeptabel und ein Angriff auf

grundlegende Freiheiten.

Die Veranstaltung fand vor dem Brandenburger Tor in Berlin statt, wo wir gemeinsam ein starkes Zeichen für die Freilassung von Ales Bialiatski und all derjenigen setzten, die in Belarus für die friedliche Wahrnehmung ihrer Rechte inhaftiert sind. Wir dürfen die Verfolgung politischer Gegner*innen und Menschenrechtsaktivist*innen

nicht hinnehmen.

Die Lage in Belarus ist besorgniserregend, und die Menschenrechtsverletzungen nehmen zu. Ales Bialiatski sitzt bereits seit dem 14. Juli 2021 im Gefängnis und wurde zu einer langjährigen Haftstrafe verurteilt, basierend auf konstruierten Anschuldigungen. Viasna meldet derzeit rund 1.500 politische Gefangene in Belarus, und Folter und Misshandlungen sind an der Tagesordnung.

Gemeinsam haben wir am 25. September unsere Solidarität mit den Belarus*innen gezeigt, die unter Repressionen leiden. Lasst uns weiterhin für die Freiheit und die Menschenrechte kämpfen, damit eine gerechtere Welt möglich wird.



BÜRGERFEST 50 JAHRE FLECKEN AERZEN

Natürlich war ich beim Jubiläum meiner Heimatgemeinde mit dabei und freue mich, dass ich neben Bürgermeister Andreas Wittrock auch ein paar Worte an die vielen Menschen richten konnte, die bei bestem Wetter miteinander gefeiert haben. Viele großartige Veranstaltungen wurden hier rund um die Bürgerfestwoche realisiert und sehr gut von den Menschen vor Ort angenommen. Zum Abschluss bei bestem Wetter war es ein wunderbares buntes Treiben vor der Aerzener Domänenburg. Herzlichen Dank, dass ich dabei sein durfte.



WIEDERWAHL IN DEN ERWEITERTEN FRAKTIONS-VORSTAND

Ich wurde wieder in den erweiterten Fraktionsvorstand der SPD-Bundestagsfraktion gewählt.

Turnusgemäß stehen nach der Hälfte einer Legislaturperiode innerhalb der SPD-Bundestagsfraktion die Sprecher-/ Sprecherinnenwahlen und die Wahl des Fraktionsvorstandes und des erweiterten Fraktionsvorstandes an. So auch zur Halbzeit der



20. Legislaturperiode. Ich bedanke mich sehr herzlich bei meinen Kolleginnen und Kollegen für das entgegengebrachte Vertrauen und die Anerkennung meiner Arbeit. Auch in Zukunft setze ich mich mit viel Herzblut für ein gutes parlamentarisches Miteinander ein.

BESUCH VON LANDRAT DIRK ADOMAT

In Berlin habe ich mich mit unserem Landrat Dirk Adomat getroffen.

Als Vertreter des Landkreises Hameln-Pyrmont hatte er sich bundesweit mit den anderen Landkreisen vernetzt, in denen sich Kraftwerksstandorte befinden, die mit dem Atomausstieg vom Netz gegangen sind.

Gemeinsam mit meinen beiden BundestagskollegInnen aus dem Weserbergland hatte ich Dirk Adomat nach Berlin eingeladen. Mit Stefan Wenzel, dem Parl. Staatssekretär aus dem Ministerium für Wirtschaft und Klimaschutz haben wir uns tun den anstehen Konversions- und Transformationsprozessen an den (ehem.) Kraftwerksstandorten ausgetauscht. Dabei ging es auch insbesondere darum, wie wir die vorhandene ausgezeichnete Infrastruktur nutzen können, um besondere Beiträge zur

Energiewende zu leisten. Es war ein sehr guter Austausch und wir haben uns verabredet, die

Gespräche auch zukünftig fortzusetzen.



RÜCKBLICK KONFERENZ ZUR EU-INTEGRATION



Die Empfehlungen der Europäischen Kommission für Reformen in der Ukraine, der Republik Moldau und Georgien sind entscheidende Schritte für die Annäherung an die EU-Normen. Der Weg zu einer vollwertigen EU-Mitgliedschaft ist jedoch lang

und anspruchsvoll. Bei der Konferenz der parlamentarischen Rechtsausschüsse haben wir zusammen mit Expert*innen und politischen Vertreter*innen die Fortschritte, Herausforderungen und Empfehlungen im Zusammenhang mit der EU-Erweiterung diskutiert.

Ich habe mich gefreut, die Delegationen aus der Republik Moldau und aus Georgien zu treffen. Hut ab für die konsequente Arbeit und viel Kraft und Erfolg bei der Annäherung eurer Länder an die EU-Familie.

THEMENÜBERBLICK BUNDESTAG

Start-up-Strategie der Bundesregierung kommt gut voran

Start-ups sind wichtige Wachstumsmotoren und Innovationstreiber für die Wirtschaft. Wir wollen Deutschland zu einem führenden Start-up-Standort Europas machen. Deshalb hat die Bundesregierung im Sommer 2022 eine Start-up-Strategie beschlossen. In den Handlungsfeldern wie Finanzierung, Talentgewinnung, Gründer:innen und Diversity und Ausgründungen sind im ersten Jahr bereits über 40 Prozent der Maßnahmen vollständig umgesetzt. Darüber hinaus hat die Bundesregierung bei der Hälfte der Maßnahmen konkrete, substantielle Vorbereitungen zu ihrer Umsetzung unternommen. Mit den verbesserten Rahmenbedingungen können junge und innovative Unternehmen noch schneller wachsen und damit entscheidend zur Weiterentwicklung und Wettbewerbsfähigkeit der gesamten deutschen und europäischen Wirtschaft beitragen. Neue Finanzierungsinstrumente und Förderprogramme sind an den Start gegangen, der DeepTech & Climate Fonds hat seine Arbeit aufgenommen und der High-Tech Gründerfonds hat bereits 500 Millionen Euro für Investitionen in Start-ups eingesammelt. Wir fördern aktiv Gründungen aus der Wissenschaft mit dem "Leuchtturmwettbewerb Start-up Factories". Wichtige Gesetze sind beschlossen oder auf dem Weg, dazu zählt das Zukunftsfinanzierungsgesetz, das letzte Woche in erster Lesung beraten wurde. Dieses sieht auch vor, die Mitarbeiterkapitalbeteiligung zu verbessern, mit der die Mitarbeitenden direkt am Erfolg ihres Unternehmens partizipieren können. Mit Programmen wie EXIST Women stärken wir gezielt Frauen bei der Gründung ihres Start-ups.

Mittelstand fördern

Der Bundestag hat in dieser Woche

erstmals über den Gesetzentwurf der Bundesregierung über die Feststellung des Wirtschaftsplans des ERP-Sondervermögens für das Jahr 2024 beraten. Aus dem ERP-Sondervermögen, das auf den Marshallplan zum Wiederaufbau in der Nachkriegszeit zurückgeht (European Recovery Program), werden Mittel für die Förderung von Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft, vor allem des Mittelstandes, und für Angehörige freier Berufe bereitgestellt, zum Beispiel in Form von zinsgünstigen Darlehen und Beteiligungskapital. Hierfür ist ein Volumen von elf Milliarden Euro vorgesehen. Dem deutschen Mittelstand steht damit weiterhin ein verlässliches Förderangebot zur Verfügung. Das ERP-Sondervermögen leistet insbesondere dort Hilfe, wo das Angebot der Banken nicht in ausreichendem Maße verfügbar ist. Der Wirtschaftsplan sieht Finanzierungshilfen zur Unterstützung von Unternehmensgründungen und -übernahmen sowie zur Förderung der Leistungssteigerung mittelständischer Unternehmen und für Exporte der gewerblichen Wirtschaft vor. Hierfür sind für das Jahr 2024 rund 64,5 Millionen Euro vorgesehen (2023: 60,2 Millionen Euro). Gefördert werden mit jeweils 3,6 Millionen Euro auch Maßnahmen im Rahmen des Deutschen Programms für transatlantische Begegnung sowie Stipendien an Student:innen, junge Wissenschaftler:innen sowie langfristig Informationsreisen von deutsch/jüdisch-amerikanischen Jugendlichen und von Multiplikatoren nach Deutschland.

Bundestag berät China-Strategie

Zu den größten globalen Veränderungen der letzten Jahrzehnte gehört der Aufstieg Chinas. Dieser bringt eine Vielzahl an Herausforderungen, aber auch Chancen für Deutschland und die Europäische Union mit sich. Einer-

seits tritt China unter Präsident Xi seit einiger Zeit immer selbstbewusster und teilweise aggressiver nach außen auf und geht repressiv nach innen vor. Andererseits können die ökonomischen, ökologischen, sozialen und politischen Probleme unserer Zeit nur gemeinsam mit China bewältigt werden. Damit Deutschland in dieser komplexen Gemengelage mit China seine Werte und Interessen besser verwirklichen kann, hat sich die Ampel im Koalitionsvertrag erstmals auf eine umfassende China-Strategie verständigt. In dieser Woche wird sie im Plenum des Bundestags beraten.

Die Strategie ist in drei Säulen aufgeteilt und soll Wege und Instrumente aufzeigen, wie Deutschland mit China zusammenarbeiten kann, ohne dabei Werte, Souveränität, Wohlstand und Sicherheit zu gefährden. Ausgehend vom strategischen Dreiklang der europäischen China-Politik wird China als Partner, Wettbewerber und systemischer Rivale zugleich betrachtet, wobei die beiden letzten Aspekte zunehmend an Gewicht gewinnen. Wie sich dieser Dreiklang auswirkt, wird in der Strategie anhand verschiedener Bereiche wie Klimaschutz, Menschenrechte, Außen- und Sicherheitspolitik oder Wirtschaft veranschaulicht.

So wird im Rahmen der wirtschaftlichen Beziehungen ein „De-Risking“ angestrebt, aber ein „De-Coupling“ von der chinesischen Wirtschaft abgelehnt. Demnach sollen Unternehmen die Kosten von Klumpenrisiken stärker berücksichtigen, damit im Falle einer geopolitischen Krise nicht staatliche Mittel zur Rettung herangezogen werden müssen. Des Weiteren sollen Investitions Garantien künftig bei drei Milliarden Euro pro Unternehmen gedeckelt, Exporte im Bereich der Dual-Use-Güter stärker kontrolliert und Direktinvestitionen chinesischer Unternehmen in Deutschland vermehrt überprüft werden.

BESUCHER:INNENGRUPPEN AUS DEM WESERBERGLAND IN BERLIN



Büro Hameln
Heiliggeiststraße 2
31785 Hameln
05151 107 33 99

Büro Holzminden
Obere Str. 44
37603 Holzminden
05531 5030

Büro Berlin
Platz der Republik 1
11011 Berlin
030 227 77295

johannes.schraps.wk@bundestag.de

johannes.schraps@bundestag.de

V.i.s.d.P:

Berliner Büro, Johannes Schraps, Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Autorinnen und Autoren: Heike Beckord, Benjamin Beineke, Alexandra Bruns, Lea Feldhaus, Philipp Klein, Helena Truchla